

Der Ausschussvorsitzende übergab das Wort zur Einleitung an die Verwaltung.

Herr Gleß erklärte, man habe keine gültige Stellplatzsatzung, man benötige aber eine Stellplatzsatzung und man werde entsprechend eine Stellplatzsatzung aufstellen.

Herr Züll (FDP-Fraktion) sagte, wenn er sich richtig erinnere, war das mal ein FDP-Antrag dem alle gefolgt sind. Die 2016 er Bauordnung war in seinen Augen etwas glücklicher in der Formulierung. Man begrüße den Hinweis, dass man schreibt, wir müssen nicht mehr. Wir könnten uns also in der Sache wieder zurücklehnen aber das geht auch etwas an das Ehrgefühl eines Rates, einer Stadt. Es kann nicht sein, dass über die Einzelvorhaben von Stellplätzen immer so arme Kolleginnen und Kollegen aus der Bauaufsicht entscheiden müssen. Wenn wir uns anmaßen, mit der gewaltlichen Planungshoheit über die Farbe von Dacheindeckungen oder über die Materialien der Vorgarteneinfriedungen, Gedanken zu machen, dann es ist es auch unsere Aufgabe sich grundsätzlich über die Erfordernis von Stellplätzen, Gedanken zu machen. Egal in welcher Form. Man werde mit Sicherheit einen guten Entwurf der Verwaltung bekommen, der sich hoffentlich nicht an Entwürfen des Städte- und Gemeindebunds orientiert.

Er würde in einem Entwurf gerne sehen, dass wir vielleicht mal Entwicklungszahlen aus den letzten zehn Jahren bekommen. Unsere Einwohnerstatistik haben wir und es gibt beim RSK einen Stichtag, wenn die KFZ-Erhebung kommt. Das man zur Argumentation sieht, wie ist die Einwohnerentwicklung und die PKW-Entwicklung in den letzten zehn Jahren gelaufen, damit wir da mal ein paar Fakten haben. Geht beides einher, steigt die Zahl der Bevölkerung und steigt in gleichem Maß die Zahl der zugelassenen Fahrzeuge oder steigt die stärker. Man braucht da harte Fakten, denn es wird nicht immer so sein, dass ein Bauherr irgendeinen Schlüssel, auf den wir dann wie auch immer kommen, einfach so akzeptiert und dann kommen gute Argumente dagegen und am Ende habe man dann eine Situation wie in Hangelar, dass überall am Straßenrand geparkt wird und es Probleme mit den Rettungsfahrzeugen gibt.

Da ist es unsere Aufgabe als Politik, der Verwaltung irgendwie den Rücken zu stärken.

Herr Kespohl (SPD-Fraktion) war letzte Woche bei einem Vortrag der IHK-Bonn zum Thema, wie wird sich der Verkehr in den kommenden Jahren entwickeln. Keiner kann so richtig sagen, wie es sich in der Zukunft entwickelt, man werde da auch von Herrn Gleß keine konkreten Zahlen bekommen, weil es eben keiner absehen kann.

Man arbeite in Meindorf gerade daran, ob man genug Leute für ein E-Carsharing-Dorfauto bekommt, um evtl. Zweitwagen zu minimieren. In der Theodor-Heuss-Straße ginge es drunter und drüber, die ist zugeparkt und dort habe man einen Stellplatz pro Wohneinheit. Das funktioniert zumindest heute und in den nächsten zehn Jahren so nicht und insofern, her mit der Stellplatzsatzung aber es wird nicht einfach werden.

Frau Feld-Wielpütz (CDU-Fraktion) seitens der CDU sei man nie davon ausgegangen, dass die Stellplatzsatzung ein Allerheilmittel ist, denn das kann es nicht sein. Es kann nicht sein, dass wir von der Verwaltung eine Stellplatzsatzung bekommen und wird dann sagen, wir haben in der Zukunft keine Probleme mehr. Man wolle nicht mit der Stellplatzsatzung eine Erweiterung des Wohnungsbaus unmöglich oder unpraktikabel machen, im Gegenteil. Wir wollen erreichen, dass wir schauen, in welchen Bereichen wäre die Stellplatzsatzung ein Mittel, wo ich dann eben die Stellschrauben habe, steuern

zu können.

An der Hongsburg werden jetzt einfach nach § 34 Einfamilienhäuser abgerissen und es entstehen sechs Eigentumswohnungen. Das hat man dreimal an der Stelle und die Konsequenz könne man sich jeden Tag angucken. Deswegen habe man seiner Zeit gesagt und man war auch so erpicht darauf, dass dieses Parkraumkonzept für Mülldorf, auch auf andere Ortsteile reflektiert werden kann. Man muss gucken, wo haben wir noch öffentliche Flächen, die auch mittels einer Parkraumbewirtschaftung angeboten werden können. Ich muss ja nicht immer den Stellplatz vor der Türe haben und man kann ja auch in anderen Bereichen etwas anmieten.

Ein absolutes Ärgernis sind die nicht genutzten Tiefgaragenstellplätze. Das ist ein Unding und in Richtung Verwaltung, da sind die Mietpreise teilweise so, dass die Leute sagen, dass können wir nicht. Die können nicht für einen Stellplatz so viel zahlen, der vorher wesentlich günstiger war.

Anfangs rechne man ja so, pro Wohnung einen Tiefgaragenstellplatz. Wenn dann nochmal vermietet wird, sagt der neue Mieter ich brauch keinen Stellplatz und schon steht er draußen und da mache man nichts dran. Dann hat der noch besuch usw., dass ist die Praxis in Sankt Augustin und deshalb habe man die Probleme. Die Stellplatzsatzung alleine ist kein Allheilmittel, man soll sich insgesamt alle Faktoren angucken und diese hier dann besprechen.

Herr Knülle sagte, in dem Zusammenhang wird die Diskussion im Hinblick Parkraumkonzept, Parkraumbewirtschaftung, Anwohnerparkausweise ein Thema werden wie wir damit Stadtweit, neben der Stellplatzsatzung, ein anderes Regularium finden, wie wir sowas auch steuern können. Wenn die Leute keinen Anwohnerparkausweis bekommen, weil sie einen Tiefgaragenstellplatz haben und dann vom Ordnungsamt mit Briefen begünstigt werden, dann werden sie evtl, doch in der Tiefgarage parken. Das hängt alles damit zusammen und man ist sich sicher, dass die Verwaltung uns da Umfangreich Ideen liefern wird, wie wir das hinbekommen.

Herr Metz (Bündnis 90/Die Grünen) sagte, so blöd sich das anhört, aber manchmal muss man einfach nur ein Stück weit hart bleiben. So unpopulär das zwar ist aber manchmal geht es nicht ohne das Ordnungsrecht.

Klar ist, wenn ich ein Mehrfamilienhaus habe mit Tiefgaragenplätzen und vor dem Haus sind öffentliche Stellplätze, dann parken die Leute dort. Dem kommt man auch nur bei, wenn man entsprechend klare Parkregelungen macht. Da könne man auch zwei Stellplätze pro Wohneinheit verlangen, solange vor dem Haus ein Platz frei ist, wird man diesen Parkplatz wählen. Dies würde jeder von uns, wenn er ehrlich ist, wohl auch so machen.

Die Frage ist ja, reden wir über eine Lage, wo eine gute ÖPNV-Anbindung ist oder ist es weiter draußen. Der zweite Faktor ist, um was für Wohneinheiten es sich handelt. Sofern man das in so eine Satzung überhaupt differenzieren kann, das man eine kleine Einzimmerwohnung nicht gleich behandeln soll, wie eine Mehrfamilienwohnung. Die Chance ist eher gering, dass in einer Einzimmerwohnung zwei Stellplätze benötigt werden, gerade wenn sie noch an der Bahn liegt. Bei einer Mehrfamilienwohnung in Birlinghoven sagt einem allerdings die Lebenserfahrung, dass ein Stellplatz nicht ausreichen ist. Es wird spannend sein, wie man diese Parameter irgendwie verschränkt, was sicher rechtlich zulässig ist.

Man regt an, wenn es mal was Spruchreifes gibt, dass man mal zu einem gesonderten

Termin einlädt, man darüber redet und die Verwaltung mal in Ruhe Vorträgt was geht und was nicht. Das wäre sicher besser als im Ausschuss und TOP 13 mit dem dritten Vortrag. Ein gesonderter Termin für die Fraktionen wäre sicher sinnvoll.

Man kann aber nicht nur PKW-Stellplätze regeln sondern man kann auch innerhalb einer eigenen Satzung die Anzahl und Beschaffenheit von Fahrradabstellplätzen besprechen und regeln und das soll bitte auch mit aufgenommen werden. Denn wenn die Leute irgendwo im Keller im letzten Raum einen Abstellplatz fürs Fahrrad haben und man sich mit dem Rad immer irgendwo Durchquetschen und noch Treppen steigen muss, dann lässt man das Rad lieber gleich stehen. Und wenn man über Mobilität redet und die Leute, die sich ein E-Bike kaufen, möchten das dann auch nicht nur vor der Haustür mit nem Schloss sichern ohne Schutz vor Wettereinflüsse. Da müsse man mal drüber reden, wie man das klug ausfüllt.

Herr Köhler (Aufbruch!) erklärte etwas spitz formuliert, bei allen Regelungen zu Stellplätzen müsse man treffend darauf achten, dass wir nicht so viele ebenerdige Stellplätze schaffen, dass wir keinen Platz mehr für Wohnraum haben.

Wir müssen bei manchen Stellen bei dem Thema mal darüber nachdenken, ob wir als öffentliche Hand nicht anerkennen müssen, dass es keine andere Möglichkeit gibt als das die Stadt Parkpaletten hinstellt. Unabhängig davon, wie viele Autos man pro Haushalt regeln will oder auf was man beschränken möchte, denn an manchen Stellen würde sich das wirklich aufdrängen.

Herr Züll (FDP-Fraktion) sagte, man sei in der Situation, eine alte Stellplatzablösesatzung zu haben. Was ist denn aus dem Geld geworden, das durch die Stellplatzablöse rein gekommen ist? Da sehe er das Parkhaus nicht, was man davon hätte bauen können.

Die Stellplatzablösesatzung könne man ja ab dem 01.01.2019 nicht mehr anwenden. Wir dürfen sie nicht mehr anwenden, weil wir uns sonst rechtsuntreu verhalten würden.

Man sollte jetzt alles in ein schönes Packet packen. Er habe auch eben nicht nur von PKW-Stellplätzen gesprochen, sondern allgemein von Stellplätzen für allesmögliche und man habe in NRW Gott sei Dank nicht die Zwangsbeglückung wie in Baden-Württemberg bekommen, wo pro Wohneinheit zwei überdachte Fahrradabstellplätze geschaffen werden müssen. Man möchte jetzt keine Begehrlichkeiten wecke, denn es ist ja auch zusätzlicher Flächenverbrauch, aber damit müsse man sich auseinander setzen.

Wir müssen über diesen Punkt, den wir hier haben, über die Stellplatzsatzung hinaus gehend, die andere Thematik nicht aus den Augen verlieren und sinnhafterweise auch mit hier rein packen, weil es mit Sicherheit die ein oder andere Situation geben wird, wo ich den Stellplatz nicht schaffen kann und dann brauche ich eine andere Lösung. Auch eine Einzimmerwohnung kann temporär zwei Stellplatz erfordern.

Herr Gleß sagte es ist doch irgendwie eine Crux, einerseits wolle man eine smarte Stadt werden und generell dazu beitragen, weniger Autos auf der Straße zu haben, nicht nur was den ruhenden Verkehr anbelangt, sondern auch was den fließenden Verkehr anbelangt. Das ist so eine Sache mit der Schaffung von Kapazitäten. Gehe ich an eine gewisse Obergrenze ran und sage pro Wohneinheit sind vier Stellplätze erforderlich, und mache das Stadtgebiet damit erst attraktiv, sich ein Auto zuzulegen, dann kann das auch nicht im stadtentwicklungspolitischen Interesse sein.

Deshalb wolle er einen Riegel davor schieben, dass man einfach sagt, pro Wohneinheit so und so viel Stellplätze. Die reine Schaffung von Kapazitäten führt genau ins Gegenteil von dem, was man erreichen möchte. Die geschafften Kapazitäten werden über einen geraumen Zeitpunkt ausgenutzt und irgendwann wird es dann wieder zu wenig sein.

Bei der Stellplatzsatzung muss man drauf achten, dass die Balance gehalten wird und man nicht darauf bedacht ist, ohne Ende Stellplätze zu schaffen und wir damit am Ende zu attraktiv werden. Trotzdem muss es gelingen, unsere Verkehrsprobleme im ruhenden Verkehr zu lösen. Man braucht ein alternatives intelligentes Konzept, keine Stellplatzsatzung, kein Parkraumbewirtschaftungskonzept, ich brauche auf der lokalen Ebene ein Mobilitätskonzept. Das würde weiterhelfen aber wir wissen auch, dass es noch eineinhalb Jahre braucht, bis so ein Mobilitätskonzept da ist. Man hätte aber gerne früher irgendwelche Ergebnisse, weiß aber auch, dass man viel vielschichtiger vorgehen muss als sich nur auf die Frage zu beschränken, welche Anzahl an Stellplätze pro Wohneinheit. Eigentlich ist man bei dem Thema Mobilitätskonzept, bei dem man viele Punkte mit beinhaltet haben möchte. Die Fahrradabstellplätze, E-Ladestationen, die Anzahl derer, die irgendwie untergebracht werden müssen, ggf. Stellplatzablösesummen, Anwohnerparkplätze also jede Form der Bewirtschaftung muss da ins Kalkül gezogen werden.

Wir machen uns natürlich Gedanken darüber, wir werden eine Stellplatzsatzung benötigen. Wir machen uns Gedanken, wie wir inhaltlich die Sache zu fassen kriegen aber es wird nicht so sein, dass man irgendwann eine Zahl zwei zu eins in den Raum stelle, es wird mehr sein. Da steht generell die Mobilität einer ganzen Stadt auf dem Spiel. Jedes abgestellte Fahrzeug, egal ob PKW oder Fahrrad, fährt irgendwann auch durch unser Stadtgebiet.

Wenn wir wissen, in welche Richtung es gehen soll, werden wir hier einen Vorschlag unterbreiten, wie wir das Thema inhaltlich und formal angehen können.

Frau Feld-Wielpütz (CDU-Fraktion) legt großen Wert darauf, nochmal zwei Punkte für die CDU-Fraktion darzulegen.

Sie ist nicht der Meinung, dass man sich dazu interfraktionell treffen sollte. Das ist ein Thema, dass fast wöchentlich von den Bürgern an die Politik herangetragen wird und da sollte sich der Ausschuss ruhig ausführlich mit beschäftigen.

Sie ist auch nicht der Meinung, dass die Punkte, die von der CDU angesprochen sind, nämlich die, die den Leuten auf die Füße fallen, die vor ihrer Haustür die Probleme haben, dass es da Lösungen gibt, die nicht unbedingt Mobilitätskonzept beinhalten, sondern die ganz einfach quadratisch, praktisch, gut sind. Da gibt es Lösungen, die man noch nicht mal beschließen müsste. Anwohnerparken ja, aber andere Dinge wären ordnungsrechtlich zu regeln.

Mobilitätskonzept finde man auch gut, ist aber eine andere Stufe und da geht es drum, dies deutlich zu machen.

Herr Metz (Bündnis 90/Die Grünen) sagte das es klar sei, dass man die Stellplatzsatzung mit anderen Dingen zusammen denken muss, was aber nicht dazu führen darf, dass man das Thema überlädt. Nur zu klein als auch zu groß denken wäre schwierig.

Zum Thema interfraktionelles Treffen. Das Thema ist extrem komplex mit der Frage, wie sind die Regelungen jetzt und was sind überhaupt die rechtlichen Möglichkeiten. Was

kann man in so eine Satzung reinschreiben und wo gibt es evtl. rechtliche Vorbehalte und das Thema Ablösesatzung kommt auch noch dabei. Entweder mache man eine Sondersatzung, es geht ja nicht darum irgendwelche Diskussionen zu verlagern sondern mal gemeinsame Informationen zu bekommen und sich mal auszutauschen. Das dies später in den Ausschuss kommt ist klar aber er habe da auch nicht den kompletten Kenntnisstand und ist für ein Vorabgespräch dankbar. Wenn dann ging es um beides. Es geht nicht darum, bei einem Treffen irgendwas zu verhackstücken was dann hier nur noch abgenickt wird. Es geht darum, bevor die Verwaltung mit einem Vorschlag nach außen geht, sich gegenseitig auf Stand zu bringen was ist und was geht.

Herr Knülle sagte, es ist selbstverständlich, dass wir weitreichende Diskussionen hier im Ausschuss führen. Vorab eine Informationsveranstaltung um die Mitglieder des Ausschusses über den Rahmen zu informieren, da würde sicher nichts dagegen sprechen. Dies ist in der Vergangenheit ja auch schon passiert und solange es sich um reine Informationen handelt und keine Debatten entstehen, kann dies sicher im Vorfeld stattfinden und das halte er auch für sinnvoll, weil man die Sitzungsvorlage bzw. die Diskussion hier besser vorbereiten kann.

Frau Feld-Wielpütz (CDU-Fraktion) fragte nach, ob man jetzt über die Stellplatzsatzung bzw. über die Vorbereitung der Stellplatzsatzung sprechen würde.

Die Stellplatzsatzung betrifft den Bürge, den Bauherrn unmittelbar. Was spricht dagegen, diese Informationsveranstaltung offen zu gestalten? Wenn wir als Fraktionen Informationsbedarf haben, können wir uns zu jedem Zeitpunkt austauschen. Aber um zu verstehen, aus welchem Grund Entscheidungen wie getroffen werden, habe man gute Erfahrungen gemacht, wenn man den Bürger frühzeitig mit einbindet. Das was wir in der Informationsveranstaltung gesagt bekommen, wenn es eine reine Informationsveranstaltung ohne Diskussionen ist, dann können wir die auch öffentlich machen. Wenn wir sagen wir wollen auch diskutieren, dann hat das einen anderen Charakter. Es ist ja auch die Frage, wie groß mache man das. Kommen da nur zwei von jeder Fraktion, was mir zu wenig wäre. Da müssen die Rahmenbedingungen klar sein. Sie möchte das klar abgesteckt haben. Das müsse man nicht heute entscheiden, das kann warten bis die Verwaltung weiß, welches Prozedere sie am besten vorschlagen kann und der Vorsitzende kann das dann entsprechend kommunizieren.

Herr Metz (Bündnis 90/Die Grünen) sagte, dann klären wir das eben nicht heute, sondern bilateral oder trilateral oder multilateral.

Es geht hier um eine gute Zusammenarbeit bei einem hochkomplexen Thema und nicht darum, irgendwelche Sachen aus der Öffentlichkeit fern zu halten.

Bei so einer Veranstaltung kommt dann jeder und fragt, was bedeutet das denn jetzt für mich und wir sagen dann, ja das gucken wir dann mal. Das ist ein Thema wo man die Öffentlichkeit sicher einbinden kann aber zu einer Meinungsbildung ist man durchaus zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit der Verwaltung bereit. Es geht nicht darum, Diskussionen die öffentlich geführt werden können zu ersetzen aber es gehört doch bei einem komplexen Thema dazu, dass man sich vorher mal zusammensetzt und auf Kenntnisstand bringt.

Herr Kespohl (SPD-Fraktion) erklärte, dass wir eigentlich beides brauchen. Wir brauchen schnelle Lösungen für das was hier geschildert wurde aber wir brauchen auch

die langfristige Perspektive.

Wir haben uns ja gerade ein wunderbares Konzept für so eine Minisiedlung angeschaut. Das muss man mit im Blick haben und es ist so wie Herr Gleß gesagt hat, wir bauen jetzt für die nächsten zwanzig Jahre. Was ist wenn wir plötzlich, wie in Schweden, keine Verbrennungsmotoren mehr zulassen in Deutschland? Wo stellen wir dann bei Mehrfamilienhäusern die Autos ab? Wir haben das doch mit Elektroautos Diskutiert mit hoher Leitung über dem Bürgersteig. Für diese Autos brauche man ganz andere Abstellmöglichkeiten. Das müsse man jetzt Planen, wenn wir diese Siedlung da planen. Wir können es aber an der Stelle jetzt noch nicht planen.

Deshalb der Appell, wir müssen kurzfristig sehen, wollen bzw. können wir Eingreifen und dürfen aber den langen Weg auch nicht aus den Augen verlieren, was man sicher auch mit den Nachbargemeinden zusammen machen müsste.